



## Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 14.02.2025

### **Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 17. Februar 2025**

Fokusthema: **Initiativen**

*Der Zürcher Kantonsrat wird sich am Montag ausschliesslich mit Initiativen beschäftigen. Nach der Behandlung von zehn Einzelinitiativen wird der Rat über die vorläufige Unterstützung von parlamentarischen Initiativen entscheiden.*

#### **EI zu Verkehr, Religionen, Alarmierung, Post, Bestattungen, Finanzen, Urhebern, Milizämtern**

Normalerweise rasch behandelt werden Einzelinitiativen (EI), also Initiativen, die von Privatpersonen eingereicht werden. Im Rat geht es vorerst nur darum, zu ermitteln, ob eine Initiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern vorläufig unterstützt wird. Ist dies der Fall, wird sie dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag überwiesen. Anschliessend entscheidet der Rat auf Antrag der zuständigen Kommission definitiv über Annahme oder Ablehnung der Initiative.

Mit einer EI möchten drei Personen aus Uster den Kantonsrat auffordern, eine Machbarkeitsstudie für einen Stadttunnel in Uster zu erarbeiten ([KR-Nr. 364/2024](#)).

Gleich drei EI stammen aus der Feder einer Person aus Uster. Diese fordert die Abschaffung des Schulfachs «Religion und Kultur» in der Primarschule ([KR-Nr. 266/2024](#)) und die Streichung von Staatsbeiträgen an religiöse Organisationen mit Mitgliedern, die «religiös-antidemokratische sowie anti-völkerrechts Ansichten vertreten» ([KR-Nr. 290/2024](#)). Zudem soll der Kanton ein Konzept für ein kompaktes Alarmierungsgerät erarbeiten ([KR-Nr. 308/2024](#)).

Eine Person aus Küsnacht verlangt die Einführung von kostendeckenden Verkehrsabgaben für Velofahrer und Velofahrerinnen ([KR-Nr. 309/2024](#)).

Zwei EI mit dem Ziel, dass der Kanton beim Bund jeweils eine Standesinitiative einreichen soll, stammen aus der Feder einer Person aus Herrliberg. Mit einer EI möchte diese eine Änderung der Zivilprozessordnung in Bezug auf eingeschriebene Briefe erwirken ([KR-Nr. 310/2024](#)). Mit der anderen EI (Traktandum 10) strebt die Person eine Ergänzung des Urheberrechtsgesetzes an ([KR-Nr. 340/2024](#)).

Eine Reerdigung als zusätzliche Bestattungsform neben der Erdbestattung und der Kremation wünscht sich eine Person aus Kilchberg ([KR-Nr. 337/2024](#)).

Eine Person aus Zürich will den Mindeststeuersatz bei Kapitalbezügen von 2 Prozent auf 1 Prozent der einfachen Staatssteuer senken und neu einen maximalen Steuersatz von 4 Prozent der einfachen Staatssteuer festsetzen ([KR-Nr. 338/2024](#)).

Und schliesslich verlangt eine Person aus Bülach, dass der Kanton Massnahmen zur Steigerung der Attraktivität von politischen Milizämtern in den Gemeinden ergreifen soll ([KR-Nr. 12/2025](#)).

#### **PI zu Schule, Asyl, Baugesuchen und geheimen Wahlen**

Mehr Zeit nimmt für gewöhnlich die Beratung von parlamentarischen Initiativen (PI) in Anspruch. Bei deren Behandlung geht es vorerst aber auch nur darum, zu ermitteln, ob eine Initiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern unterstützt wird. Ist dies der Fall, wird sie einer Kommission zur weiteren

Beratung überwiesen. Erst auf Antrag der Kommission entscheidet der Kantonsrat dann definitiv über Annahme oder Ablehnung der PI.

FDP-Kantonsrat Mario Senn möchte, unterstützt von der GLP, dass in Gemeinden mit einer Leitung Bildung die Gemeindeordnung die Aufgaben der Schulpflege dem Gemeindevorstand oder einer Kommission übertragen kann ([KR-Nr. 306/2024](#)). SVP-Kantonsrat Stefan Schmid fordert mit Unterstützung der FDP, der Regierungsrat müsse für Gemeinden eine verbindliche Aufnahmequote von Asylsuchenden pro Einwohner erlassen und diese dürfe die Obergrenze von 1 Prozent nicht überschreiten ([KR-Nr. 330/2024](#)). FDP-Kantonsrätin Astrid Furrer will mit Unterstützung von SVP und EVP das Bauen vereinfachen, indem die sogenannte negative Vorwirkung aus dem Planungs- und Baugesetz gestrichen wird ([KR-Nr. 331/2024](#)). Thomas Forrer, Kantonsrat der Grünen, möchte, unterstützt von SP, EVP und AL, dass Wahlen im Kantonsrat künftig geheim durchgeführt werden können, wenn dies mindestens 60 Ratsmitglieder verlangen ([KR-Nr. 18/2025](#)). Marzena Kopp, Kantonsrätin der Mitte, verlangt mit Unterstützung von SP, GLP, Grünen, EVP und AL, dass der Verwaltungsrat der EKZ und der Bankrat der ZKB nicht mehr offen, sondern geheim gewählt werden sollen ([KR-Nr. 29/2025](#)).

Mario Senn (FDP, Adliswil), 079 796 12 04  
Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), 079 541 53 76  
Astrid Furrer (FDP, Wädenswil), 079 455 00 33  
Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach), 076 576 72 72  
Marzena Kopp (Mitte, Meilen), 078 649 76 60

*Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.*

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:  
Jürg Sulser, Kantonsratspräsident, 079 416 17 00  
Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12